



Lindauer Hoybote

Seite 2 75 Jahre Bazienstraße
Der ungestillte Schmerz des Sommers 1944

Seite 3 Zum Abschied noch ein schwarzes Ei
Integration statt Kooperation

Seite 4 Asklepios zieht die Daumenschrauben an
Ämterhäufung und die Folgen

Inselwache ■ Die bessere Lösung

Drehleiter muss auf der Insel bleiben!

Was viele nicht wissen: Die Feuerwehr Lindau besitzt zwei Drehleiter. Eine steht in Hoyren wegen des Krankenhauses. Aufgrund des hohen Brandlastrisikos auf der Insel wurde vor einigen Jahren für ca. 550.000 € die zweite Drehleiter gekauft mit spezieller Ausstattung (Gelenkarm) für die Anforderungen der Altstadtbebauung. Sein Leben für die Feuerwehr will Kommandant Kainz nun krönen mit einer neuen Hauptfeuerwache. Im Januar 2009 hat Kainz noch versichert:

„Die Notwendigkeit und Wichtigkeit dieser neuen Hauptwache sei unbestreitbar. Trotzdem müsse auf der Insel eine Außenstelle (bestückt mit Löschfahrzeug, Drehleiter, Mehrzweckfahrzeug sowie Boote und weiteres Equipment für die Ölwehr) verbleiben, um auf Notfälle im Bereich der Altstadt schnell reagieren zu können. Zudem könne auf das Know-how der auf der Insel wohnenden Kameraden nicht verzichtet werden.“ Frei nach dem Motto „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern!“ hat Kommandant Kainz im Spätsommer 2009 überraschend verkündet, die Insel-Drehleiter solle 'runter von der Insel in die künftige Hauptfeuerwache im Heuried. Innerhalb der Hilfsfrist könne die Drehleiter jederzeit von Reutin auf die Insel gefahren werden. Außerdem meint Kainz: Eine „Drehleiter ist kein Tausendsassa“ und „Eine Drehleiter löscht nicht.“

Stadtrat ■ Aus der Haushaltsrede der Bunten Liste

„Die Entdeckung der Langsamkeit“

Nicht nur Gottes Mühlen mahlen langsam. Auch in unserer Stadt kommen manche Probleme nur sehr zäh vom Tisch. So auch die Sorgen um das Heilig-Geist-Hospital, die uns über 15 Jahre lang in den Haushaltsberatungen beschäftigten.

Heilig-Geist-Hospital

Als der städtische Finanzausschuss vor drei Jahren erstmals einen vollen Einblick in die ehrwürdigen Bücher der Hospital-Stiftung bekam, waren sich alle fast alle Fraktionen einig über das mögliche Lösungsszenario. Das von der Stiftung geplante „Augen zu und durch“ wurde vom Ausschuss klar verworfen. Nun sind leider weitere 3 Jahre mit einigen Hunderttausend Euro Zinsbelastungen für das Seniorenheim vergangen. Weil im Jahre 1992 unsere StadtratskollegInnen mit einer hauchdünnen (13:12) Fehlentscheidung eine Bürgerschaft für die damals schon zahlungsunfähige Stiftung übernahmen, müssen wir heute 2 Mio. Euro an die Bayerische Landesbank zahlen. Mit dieser Summe, die für Lindau sehr schmerzhaft ist, kann die Landesbank genau 2 Tage lang die Zinsen für ihr Abenteuer in Kärnten (HGAA) bezahlen. Was lernen wir daraus? Ein, wenn auch mühsam erstrittener, Konsens bei den großen Themen wie Bahnhof, Feuerwehr, Inselhalle und Flächennutzungsplan bringt unsere Stadt immer weiter als eine knappe Mehrheitsentscheidung.



Villa Stahl: Ein Hauch von Schilda – keine Idee für die Nutzung

In der Werbebranche und Politik mag Wendigkeit für manche zum persönlichen Stil und Alltag gehören. In Fragen der öffentlichen Sicherheit kann Wendigkeit sehr gefährlich werden. Denn seit Anschaffung der Insel-Drehleiter hat sich nichts verändert. Auf der Insel besteht nach wie vor das höchste Brand-Risikopotenzial. Dort gibt es Altenheime mit Pflegestationen, Kindergärten, Schulen, Kliniken, Museum, Altes Rathaus, Stadtarchiv, Stadttheater, Zeughaus, Kongresszentrum, Hotels und vor allem eine enge Altstadtbebauung. Die Drehleiter ist bei vielen Gebäuden der „zweite Rettungsweg“. Die Mannschaft der Inselwache ist mit einer Löschzug-Fahrzeugausstattung eine schlagkräftige Einheit (Übungs- und Ausbildungsstand, Ortskenntnis, kurze Ausrückzeiten / Hilfsfristen) und darf auch mit Blick auf die Gesamtfeuerwehr Lindau nicht zerschlagen werden. Die Sicherheit für die Insel und Mannschaft der Inselwache darf nicht von einer Unterstützung durch Festlandwachen über ungesicherte Zufahrten abhängig gemacht werden. Denn während der Sommermonate sind die Zufahrtsstraßen zur Insel oft verstopft und in der Ladestraße herrscht ganzjährig eine rege Ladetätigkeit, wobei hier querstehende LKWs die Straße blockieren. Gemeinsam haben daher alle Stadträte der Freien Wähler, ÖDP, Bunten Liste und zwei SPD-Räte beantragt:



Schmale Gassen, hohe Häuser: Erhöhtes Brandrisiko auf der Insel

„Der Stadtrat beschließt, eine Inselwache mit vier Stellplätzen für eine komplette Löschzeugausstattung zu erhalten. Die speziell für die Insel angeschaffte Drehleiter bleibt auch künftig in der Inselwache stationiert. Für den Fall eines Neu- oder Umbaus der Inselwache wird ein angemessenes, zukunftsfähiges Raumprogramm (Mannschaftstärke 40–45) entwickelt und umgesetzt.“ Die Drehleiter muss auf der Insel bleiben – und zwar losgelöst von der Frage, wo und wann eine neue Hauptfeuerwache errichtet sein wird. ALEXANDER KISS

Der Skandal wird auch politische Folgen haben. Nein, ich glaube nicht, dass die CSU untergeht, aber deren selbstherrliche Führungsclique wird diese Sauerei nicht überstehen. Auch in München wird in Zukunft mehr mit politischen Mitstreitern verhandelt werden müssen. Bayern wird davon profitieren.

Veränderte Schullandschaft

„Aufgrund der stark sinkenden Schülerzahlen verändert sich die Schullandschaft in Lindau heftig. Anstatt auf Vorgaben aus dem heillos überforderten Kultusministerium zu warten, muss der Stadtrat für sich entscheiden: Wollen wir die kleinen Schulen in den Stadtteilen erhalten oder fassen wir alle Kinder in zwei großen Schulen zusammen. Wenn wir dies beraten und entschieden haben setzen wir unseren Beschluss mit aller Macht in München durch und sanieren dann unsere Schulhäuser.“ Soweit ein Zitat aus der bunten Haushaltsrede vom Dezember 2007. Auch bei diesem Thema gibt es viel Langsamkeit zu entdecken. Zwar kursieren erste Überlegungen, aber es fehlt die konstruktive Auseinandersetzung mit dem Thema. Vor zwei Jahren war es vielleicht noch provokant vom überforderten Kultusministerium zu sprechen. Inzwischen ist das allseits bekannt. Die Schulpolitik wird in Zukunft federführend von Kommunen, Lehrkräften vor Ort und Eltern gemacht. Die Kompetenz, die wir hier in Stadtrat und Verwaltung haben, gilt es zu nutzen. Hierzu gibt es auch positive Entwicklungen in unserem Haushalt. Langsam, für uns immer noch zu langsam, kommt die Sanierung der Grund- und Hauptschulen in Gang. Dies ist jedoch nur ein erster Schritt: Die verbleibenden Schulen haben einen dramatischen Sanierungsbedarf, und auch bei diesen Projekten gilt die Beschränkung auf das Notwendige. Hier hegt die Bunte Liste noch ein gewisses Misstrauen gegen die städtische Bauverwaltung. Wirklich notwendig sind in jedem Fall alle Maßnahmen zur Senkung des CO₂-Ausstoßes. Bei diesem Thema empfinden wir die Entdeckung der Langsamkeit als sehr bedauerlich. Aber dass die Verwaltung, mit Frau Seidl an der Spitze, die Langsamkeit auch beim Bahnhof, den Unterführungen und zuletzt auch bei der Feuerwache und der Inselhalle entdeckten, macht durchaus Sinn – wenn wir die gewonnene Zeit zum mühsamen Streit um die besten und nicht nur um knapp mehrheitsfähige Lösungen nutzen. ULI KAISER

Familienzentrum Mini-maxi

Einen Beleg dafür liefert die Geschichte um das Familienzentrum Mini-maxi. Eine sehr knappe Mehrheit verweigerte die Umnutzung der alten städtischen Villa Stahl am ZUP. Grund dafür waren irrealer Träume über hohe Verkaufserlöse. Leider hat diese knappe Mehrheit auch spätere Gelegenheiten zur Korrektur ihrer Haltung nicht genutzt. Unterm Strich bleibt ein Geschmack von Schilda: Wir bauen mit 1 Mio Euro Steuergeldern ein neues Familienzentrum und die Stadtwerke mussten die Villa Stahl kaufen, ohne den Hauch einer Nutzungs-idee. Hätten wir uns nur zwei Stunden Zeit zum Streiten genommen, wären sicher einige Hunderttausend Euro zu sparen gewesen.

Notwendiges Maß

Aber das ist Schnee vor gestern. Doch auch der Blick auf den von morgen zeigt uns Handlungsbedarf. In den Finanzklausuren versicherte uns die Verwaltung glaubhaft, dass die geplanten Großprojekte mit den bisherigen Mitteln, sprich: hoffen auf leidliche Steuereinnahmen und der Verkauf von Tafelsilber, nicht zu stemmen sind. Aber die Mehrheit im Stadtrat ist bisher noch nicht gewillt die Konsequenzen zu ziehen, um den BürgerInnen noch tiefer in die Tasche zu greifen. Das ist insoweit verständlich, als wir zu diesen unpopulären Maßnahmen erst greifen dürfen, wenn, wie von unserem Fraktionskollegen Peter Triloff angemahnt, die Bauprojekte auf das wirklich notwendige Maß zusammengestrichen wurden. Erst wenn der Feuerwehrhüptling mit rotem Kopf die Verhandlungen verlässt, sind wir beim wirklich Notwendigen für eine Hauptwache angelangt. Auch bei der Inselhalle sollte schon der 1. Bauabschnitt die dringenden Verbesserungen abdecken, denn ob wir uns mittelfristig einen 2. Bauabschnitt leisten können, hat vermutlich weniger mit den Mehrheiten im Lindauer Stadtrat zu tun, als vielmehr mit den globalen Entwicklungen der Finanzmärkte und den etwas weniger globalen, dafür unmittelbar katastrophalen der Bayerischen Landesbank.

Die Landesbankzeche zahlen wir

Egal wie das ausgeht, die Zeche zahlen die Kommunen

Stadtgeschichte ■ Bazien? Wann war das? ... und wo? Ein Straßennamen und seine Geschichte

75 Jahre „Bazienstraße“

„Es donnerte aus unseren Flinten, dass uns das Herz im Leibe lachte...“ (Aus einem Kriegstagebuch)

Straßennamen spiegeln oft die Ideologie der Zeit wider, in der sie verliehen wurden. Manche Namen waren aber unter veränderten Herrschaftsverhältnissen derart unerträglich geworden, dass sie geändert wurden. Eine Adolf-Hitler-Straße wäre heute undenkbar; doch vor etwas mehr als 60 Jahren gab es in Deutschland Hunderte davon. Mit der Bazienstraße verhält es sich kaum weniger peinlich. Hier die Hintergründe ihrer Namensgebung:

Die Nationalsozialisten sind 1934 gerade ein Jahr an der Macht, als die Schmach des verlorenen I. Weltkriegs gelöscht werden sollte. Die Wiederaufrüstung für den nächsten beginnt. In Lindau müssen Familien, die 1919 in der damals überflüssig gewordenen Max-Kaserne untergekommen waren, wieder ausziehen. Die neuen Rekruten beanspruchen das alte Quartier. Den Familien werden 60 kleine Häuser gebaut. Als Name für die neue Straße ist den Lindauer Nationalsozialisten Bazien gerade recht. Dort soll das Kgl. Bayerische 20. Infanterie-Regiment 20 Jahre zuvor, am 25. August 1914, gegen unseren Erzfeind einen angeblich heroischen Sieg errungen haben. Diese „Zwanziger“ waren seinerzeit in Lindau in der Luitpoldkaserne stationiert gewesen.

Was war damals in Bazien geschehen?

Zu Beginn des I. Weltkriegs, August 1914, waren deutsche Truppen mit Hurra-Geschrei ins französische Elsass-Lothringen vorgedrungen. Auch die Franzosen waren kriegsbegeistert und hatten „Auf nach Berlin!“ geschrien. Nach 70 km erlebten die Deutschen so heftigen Widerstand, dass der Vormarsch vor Bazien stockte. Wir schreiben nun den 25. August 1914.

Die Bayern bedrängen das Dorf und es entwickelt sich eine Schlacht, in der sich die französischen Truppen unter Hurra-Rufen zu Fuß und mit aufgefanzten Bajonetten auf die Bayern stürzen. Die reißen sie aber in Stücke und dringen mittags ins fast leere Dorf. Die Bewohner waren geflüchtet. Die große Zahl von Soldaten, die an diesem Tag auf beiden Seiten geopfert wurden, erinnert an ein Massaker. Fast ein Drittel der Bayern wurde getötet oder verwundet.

Deutsche Quellen verklären das Gemetzel

Das Kriegstagebuch des Lindauer Regiments* mag einen Eindruck von diesem Tag geben:

„... und befiehlt den Sturm. Die Hörner blasen, die Tamboure schlagen ein, die Fahne wird entfaltet. So stürzt sich – wie im Frieden oft geübt – das Bataillon mit Hurra auf den Feind.“ Vehement heroisch gibt sich ein Bericht in der Allgäuer Kriegschronik*: „Ein wütendes Gewehrfeuer empfing uns. Hinter jedem Busch kracht und blitzt es, (...) hinter jeder Bodenwelle lag so eine verdammte Rothose. (...) Rechts und links fielen brave Kameraden, getroffen von dem mörderischen Feuer, aber es gab kein Halten. (...) Und während noch die Brust keuchte und nach Atem rang, da donnerte es aus Hunderten von Zwanziger-Flinten, dass uns das Herz im Leibe lachte. Ja,

wie die Kerls den Berg hinauf liefen. Himmel nochmal, das war ein Anblick, und wie unsere Kugeln hineinsetzten in die hüpfenden und springenden Reihen! Was sie übereinanderpurzelten an den grünen Hängen! Und mit fliegenden Pulsen und jagendem Atem ging's wieder hinterdrein. Hinauf! Dort hinauf, wo sich jetzt die letzten Rothosen unserem Feuer zu entziehen suchen ...“ In verhaltenem Ton berichtet vom nächsten Tag ein Vermerk im Bayerischen Kriegsarchiv*:

„Leise hatten allmählich die Schleier der Nacht und ein sanfter Regen das Gefechtsfeld umhüllt, das massenhaft mit Toten und Verwundeten bedeckt war und im Schein der ringsum brennenden Dörfer einen schauerlich düstern Anblick bot.“ Und das Kriegstagebuch der Zwanziger* resümiert: „Wohl hatte das Regiment tiefschmerzliche Verluste erlitten: 18 Offiziere und 632 Mann bedeckten tot oder verwundet das Gefechtsfeld.“ Der Bericht über die Zwanziger endet mit Lob:

„Dass die Franzosen das Ziel (...) nicht erreichten, ist vornehmlich dem Heldenmut unserer Zwanziger zu danken. Die Blüte des Regiments ist nicht umsonst geopfert worden. Der 25. August ist ein Ehrentag des 20. Infanterie Regiments.“

Was aber sagen die französischen Unterlagen über diesen Tag? Im Kriegstagebuch der Armee* lesen wir:

„Das 1. Bataillon des 6. Kolonial-Infanterieregiments, das am Vortag noch 20 Offiziere und 1.100 Mann zählte, besaß nun nur noch 6 Offiziere und 350 Mann.“

War das ein Massaker?

Dieses Gemetzel auf beiden Seiten können wir zwar als Massaker bezeichnen – jedoch nicht im Sinne des Völkerrechts, denn die Haager Landkriegsordnung erlaubt auch das blutigste Abschlachten, solange es sich beiderseits um Soldaten handelt. Dass das Vordringen von Soldaten auf ausländisches Gebiet zumindest moralisch zu verurteilen ist, verschweigt sie. Bazien wurde im I. Weltkrieg viele Male überrannt.

Zwanzig Jahre später wird in Lindau ein Straßennamen gesucht. Da nehmen die Nazis Bazien als Symbol für ein Heldentum, das den neuen Rekruten als Vorbild dienen soll. Wie die Geschichte weiterging, wissen wir. Der I. Weltkrieg brachte nicht Frieden, sondern nur neuen Krieg und neues Leid. Der Friede kam erst durch die Versöhnung mit unseren Nachbarn in den 60er-Jahren.

Was geht uns das heute an?

Heute pflegen wir gute Beziehungen mit unserer Partnerstadt Chelles. Wäre es jedoch nicht an der Zeit, auch mit den Nachkommen der von Lindauer Truppen seinerzeit so gepeinigten Ortschaft Bazien Kontakt aufzunehmen? Vielleicht können wir die grausame Vergangenheit durch neue Freundschaften gemeinsam bewältigen. Im Jahr 2014 jährt sich das Blutvergießen zum 100. Mal. Bis dahin sollte unsere Stadt etwas vorbereiten, das diesem Ereignis in Würde entspricht. Wir Bunten werden dabei gerne behilflich sein.

ECKHARD B. STROHSCHÄNK

*Genaue Quellenangaben: bei der Redaktion erhältlich



Trügerische Idylle: Das Rathaus 75 Jahre nach dem Angriff

Eine Reise nach Bazien

Ende November 2009 reiste ich nach Bazien zu Bürgermeister Monsieur Valbonetti und seinem Adjoint Monsieur Euriat. Sie empfingen mich äußerst herzlich und zeigten sich bereit, mit der Stadt Lindau die Ereignisse vom 25. August 1914 aufzuarbeiten. Im Gemeindegemeinschaftssaal sah ich erschreckende Fotos, die Bazien nach der Schlacht zeigten. Im Anschluss daran führten mich die beiden Repräsentanten durch den Ort und zeigten mir Spuren der damaligen Kämpfe. Die Mittel von Bazien (90 Einwohner!) sind natürlich begrenzt, zumal der Ort aufgrund der Zerstörungen im I. Weltkrieg sehr arm ist. So liegt es auch an unserem Einfallsreichtum (und einer sinnvollen Unterstützung durch die Stadt Lindau), wie Lindau und Bazien gemeinsam dieser Ereignisse gedenken können – etwa mit einer Fotoausstellung und einem Informationsgespräch an beiden Orten, so dass die Zerstörungen dokumentiert sind und über sie berichtet wird.

ECKHARD B. STROHSCHÄNK

Seminar 11.–13. Juni 2010 „Der ungestillte Schmerz des Sommers 1944“

Toscana (1944)– Hinschauen und Begreifen

Ort: friedens räume Villa Lindenhof Lindau/Bodensee
Im August 1944 wurden in der Toskana von deutschen SS-Soldaten der 16. SS-Panzer Grenadierdivision Reichsführer SS italienische Zivilisten aller Altersstufen ermordet. Sie stammten aus den Dörfern San Terenzo-Monti und Vinca, nördlich der Marmorberge von Carrara. Im Gedächtnis der Zeugen sind diese Erlebnisse auch heute noch gegenwärtig. Auf Einladung der Bunten Liste und der friedens räume besuchen uns einige von ihnen, um von dieser Zeit und ihrem Leben danach zu erzählen. Ein Historiker, eine Opferanwältin und ein Psychologe werden dazu beitragen, die Hintergründe, das Ausmaß und die Auswirkungen dieser dunklen Vergangenheit begreiflich zu machen. Die Initiative zu dieser Veranstaltung geht auf einen Lindauer zurück, der zehn Jahre nach dem Tod seines Vaters anfang, über diesen nachzuforschen und erfuhr, dass sein Vater als Unterscharführer in einer der an den Massakern beteiligten SS-Einheiten gedient hatte.

Referenten:

- Dr. Carlo Gentile, Historiker, Universität Köln
- Gabriele Heinecke, Fachanwältin für Straf- und Familienrecht, Hamburg
- Jürgen Müller-Hohagen, Psychologe und Psychotherapeut, Dachau
- Zeitzeugen/innen aus San Terenzo und Vinca

Es können auch einzelne Veranstaltungen besucht werden.

Anmeldung: bis 28. Mai bei friedens räume

Veranstalter: friedens räume, Bunte Liste Lindau

Programm und Informationen:

Udo Sürer, Tel. 08382-21992, 0160-96000864

Mail: rae-suerer@t-online.de

friedens räume Lindau, Tel. 08382-24 594

Mail: info@friedens-raeume.de

Spendenaufwurf: Für die erfolgreiche Durchführung benötigen wir Ihre Unterstützung! Spendenkonto:

Bunte Liste, Volksbank Lindau, BLZ 650 920 10, Kontonr. 556 100 05. Verwendungszweck: „Toskana 1944“.

(Spenden an die Bunte Liste können zu einem Steuererlass in Höhe der Hälfte des Spendenbetrags führen.)



Bazien im Krieg – ein Dorf wird zerstört

Gesellschaft ■ Bessere Förderung für Menschen mit Behinderung

Integration durch Kooperation

„An unserem System halten wir fest.“ (aus einer Stellungnahme des Bayer. Staatsministeriums für Unterricht und Kultus im Mai 2009)

Bereits im März 2009 ist in der Bundesrepublik Deutschland die UN-Konvention in Kraft getreten, wonach Menschen mit Behinderung ein Recht auf Inklusion (Teilhabe) in unserer Gesellschaft haben. Für Kinder mit Förderbedarf bedeutet diese Konvention, dass sie zusammen mit Nichtbehinderten lernen können und nicht mehr ausgegrenzt werden.

Teilhabe am Leben aller

Und was passiert bei uns? Wenn wir genauer hinschauen, dann verstößt die Haltung des Bayerischen Kultusministeriums gravierend gegen die UN-Konvention. Ja, da gibt's doch schon Integrationsgruppen in den Kindergärten, Einzelintegration in der Regel-Grundschule und projektweise Kooperationsklassen. Das sind jedoch Tropfen auf den heißen Stein. Und es funktioniert nur, wenn sich betroffene Eltern bereits schon zwei Jahre vor Einschulung energisch für eine Teilhabe einsetzen und das Glück haben, hochmotivierte und engagierte Lehrer zu finden. Selbst wenn das Kind mit Behinderung auf eine Regelschule gehen kann, dann bleibt es immer ein Kampf um genügend Lehrerstunden und die nötige heilpädagogische Unterstützung. Ein steiniger Weg; und die CSU-Regierung gewährt zudem keine Planungssicherheit.

Wen wundert es da, dass bei uns in Bayern nach wie vor die meisten Kinder mit Förderbedarf auf spezielle Förderschulen gehen? Nicht alle Eltern haben die Kraft zum Kämpfen. Zudem sagt das Bayerische Schulgesetz:

Wenn ein Schulkind mehr als 2 Stunden Förderbedarf wöchentlich hat, dann muss es auf eine Förderschule. Das heißt, die Kinder müssen einen weiten Schulweg auf sich nehmen, Lebenswelten werden komplett voneinander getrennt und Freundschaften zu Nachbarkindern können nicht gepflegt werden. Weiters bleiben 77 % der Förderschüler ohne Hauptschulabschluss. Der Weg in ein abhängiges Leben ist vorgezeichnet.

Integrieren statt Aussondern!

Wenn Eltern sich gegen den Besuch der Förderschule stellen, bleibt ihnen oft nur der Weg vors Gericht. Denn sie haben trotz UN-Konvention immer noch kein wirkliches Wahlrecht was die Schule betrifft. Dabei wissen wir doch alle, dass Schwächere ein Teil der Gemeinschaft bleiben müssen und Stärkere bereichern ihr eigenes Leben, indem sie ihnen helfen. Das sind in einem christlich geprägten Land doch keine abwegigen Erziehungsziele, oder?

Warum tun wir uns denn so schwer damit? Zum einen eignet sich ein drei- bzw. viergliedriges Schulsystem äußerst schlecht für die Inklusion behinderter Kinder. Aber an diesem System hält die CSU vehement fest. Auch die erwiesenermaßen unbegründete Angst des Bürgertums um das Leistungsniveau in den Schulen behindert Integration. Zudem haben wir viele Förderschulen, die um ihre eigene Existenz bangen. Wer bisher glaubte, einen Anspruch darauf zu haben, dass sein Kind nicht dem „schädlichen Einfluss“ von Problemkindern ausgesetzt wird, der muss jetzt endlich umdenken! Zumal Studien belegen, dass es für alle Seiten nur bereichernd ist.

Mein Traum

Alle Eltern von Kindern mit Förderbedarf können frei entscheiden, in welche Schule ihr Kind geht. Sie werden dann in kleinen Klassen nach ihren Bedürfnissen heilpädagogisch gefördert. Die Sonderpädagogen werden fest an den Regelschulen eingesetzt und von so genannten Kompetenzzentren unterstützt. Das würde allen Kinder zugute kommen.

Schluss mit dem viergliedrigen Schulsystem!

BÄRBEL HEUMANN



Wir wollen dem Traum ein Stück näher kommen und suchen konkret Familien, die bereit sind, ihr Kind mit erhöhtem Förderbedarf in eine Inklusionsklasse an einer Regelschule in Lindau zu geben.

Kontakt: Kathrin Seeberger: Tel. 08382-28248, Mail: k.seeberger@freenet.de

Energie ■ Kohlekraft als Zukunft? Stadtwerke setzen auf Umweltschutz!

Zum Abschied noch ein schwarzes Ei

Sie als LindauerIn können stolz auf Ihre Stadtwerke sein. Ist der Strom aus Ihren Steckdosen doch „Energie mit guter Herkunft“, hat einen um 68% höheren regenerativen Anteil als der Bundesdurchschnitt und spart jährlich 60.520 t CO₂. „Wir betreiben dadurch aktiven Klimaschutz für unsere Region und beweisen unser ökologisches Streben“, loben sich die Stadtwerke Lindau (SWL). Atomstrom und radioaktiver Abfall sind natürlich auch nicht dabei. „Ein weiterer aktiver Beitrag im Sinne unseres nachhaltigen Handelns“, wie das aktuell an die Kunden versandte Preisblatt ebenso stolz verkündet. Mit diesem „Sinne“ ist es jedoch nicht weit her. Ausgangspunkt ist die Notwendigkeit der Stadtwerke, die bislang „nur“ Verteilerfunktion bei Strom und Gas haben, von den Stromkonzernen unabhängiger zu werden. Diese diktieren die Preise fast monopolartig und kaufen gerne Stadtwerke, um auch diese Gewinne noch abzuschöpfen. Dabei fahren sie schon enorme Zusatzgewinne ein, da Kohlekraftwerksbetreiber im Rahmen des EU-Emissionshandels seit 2005 die Emissionsrechte vom Staat nach Bedarf geschenkt bekommen, diese den Kunden aber in Rechnung stellen. Der Wert dieser Rechte von aktuell ca. 12 €/t CO₂ ergäbe bei einem modernen Steinkohlekraftwerk für die durch die SWL gehandelte Strommenge einen leistungslosen Zusatzgewinn von über 1 Mio. €/Jahr.

Prinzipiell ist daher eine eigene Produktion richtig; so, wie es die Lindauer Stadtwerke planen, allerdings nicht. Weder fürs Klima, noch fürs investierte Geld. Und die oben genannte Werbung wird zur Kundentäuschung. Der Plan: Die Stadtwerke kaufen für knapp 3 Mio. Euro etwa 2 Megawatt Produktionskapazität eines zukünftigen Windparks in der Nordsee. Dies hat der Aufsichtsrat der SWL im Herbst beschlossen und ist prinzipiell kein falscher Schritt. Die SWL wollen noch weitere 2,8 Mio. Euro in eine Produktionskapazität von 5 MW investieren, allerdings in ein Steinkohlekraftwerk, das in Krefeld gebaut werden soll.

Die Zukunft kann nicht schwarz sein

Bei der Verbrennung von 1 kg Steinkohle entstehen 2,68 kg Kohlendioxid (CO₂), die Hauptursache des Klimawandels. Um eine Erderwärmung über 2°C mit unberechenbaren Folgen zu vermeiden, muss die globale CO₂-Emission bis 2050 um über 50% reduziert werden. Für die Industrieländer bedeutet dies eine nahezu

kohlenstoff-freie Energieversorgung. Um dieses Ziel in Deutschland zu erreichen, müssen die Emissionen umgehend, spätestens jedoch ab 2020 um dann jährlich ca. 24 Mio. t bzw. 3,3% sinken.

Dass es dafür allerhöchste Zeit ist, zeigt eine aktuelle Studie, nach der zwischen 2000 und 2050 maximal noch 1.000 Milliarden t CO₂ emittiert werden dürfen, wenn die globale Erwärmung mit einer Wahrscheinlichkeit von 75% auf 2°C begrenzt werden soll. Zwischen 2000 und 2009 wurde jedoch bereits 1/3 davon emittiert, so dass der Rest von 700 Milliarden t bis etwa 2027 verbraucht sein wird. Dieser Rest entspricht etwa 25% der momentan wirtschaftlich förderbaren Vorkommen von Kohle, Erdöl und Erdgas, d.h. wenn 75% dieser Vorkommen nicht im Boden bleiben, ist das 2°C-Ziel nicht zu halten. Deutschland als ein Hauptproduzent von CO₂ hat daher kein Wahl und auch keine Zeit mehr zu verlieren: Entweder wir richten uns nach den Vorgaben der Wissenschaft und reduzieren unsere CO₂-Emissionen oder wir akzeptieren einen gefährlichen Klimawandel.

Kohlestrom torpediert Klimaschutz

Der Klimaschutz wird durch die deutsche Stromproduktion erheblich bedroht, steht sie doch für ca. 40% der gesamten deutschen Emission, bzw. etwa 370 Mio. t CO₂ pro Jahr aus Kohle- und Gaskraftwerken. Diese muss bis 2050 auf höchstens 80 Mio. t reduziert werden, um das 2°C-Ziel nicht zu gefährden. Die von der Bundesregierung geplante Reduzierung um 40% bis 2020 bedeutet ein Budget von dann 240 Mio t/Jahr. Allein der Anteil der 10 im Bau befindlichen und 16 geplanten Kohlekraftwerke wird in 2020 mit 166 Mio. t schon ca. 70% des gesamten Budgets der Stromwirtschaft emittieren und führt zu einer 8-fachen Überschreitung des in 2020 noch freien CO₂-Emissionsbudgets der Stromwirtschaft. Werden diese Kohlekraftwerke also gebaut und betrieben, sind die Reduktionsziele weder für 2020, noch für 2050 zu erreichen. Daran ändert auch das Gerede vom „hocheffizienten, umweltfreundlichen“ Kohlekraftwerk nichts. Die Technik ist weitgehend an der physikalischen Grenze ihres Wirkungsgrads angelangt, der nur etwa halb so hoch ist wie der eines Gaskraftwerks. Die Abtrennung und unterirdische Speicherung von CO₂ kommt, falls überhaupt, zu spät, um die Emission rechtzeitig so zu reduzieren, dass dies Gesellschaft und Wirtschaft nicht überfordert.

Kohleverstromung: An der Realität vorbei

Die elektrische Leistung der neuen Kohleprojekte liegt trotz Atomausstieg und Abschaltung alter Kohlekraftwerke um das 4,2-fache über der in 2020 zusätzlich benötigten fossilen Produktion. Die „Stromlücke“ ist daher nur Angstmache, um deren Bau durchzudrücken. Das entstehende Überangebot ist deshalb ein wirtschaftliches Risiko für Kohlekraftwerke – und nicht das einzige! Da diese wie Kernkraftwerke nur rentabel sind, wenn sie das ganze Jahr laufen, wird deren Auslastung durch die weiter steigende regenerative Stromproduktion bis 2020 um etwa 50% reduziert, was ihre Rentabilität gefährdet. Aus diesem Grund bedroht auch der Ausstieg aus dem Atomausstieg die Rentabilität von Kohlestrom. Eines weiteren Risiko droht 2013 mit der Versteigerung der CO₂-Emissionsrechte durch die EU. Ab dann sollen Kohlekraftwerke ihren CO₂-Ausstoß bezahlen, ihr Strom wird teurer als Windstrom. Das Kraftwerk, in das die SWL investieren wollen, soll 2015 in Betrieb gehen und muss seine Zertifikate von Anfang an kaufen, wird also keine Gelddruckmaschine.

SWL-Werbung im Dilemma: Ökologischer Kohlestrom?

Warum wollen die SWL trotz alledem in Kohle investieren? Ein Grund dürfte sein, dass klimapolitische Maßnahmen bei Kraftwerksplanungen bislang ignoriert wurden, wie Stromkonzerne bereits eingestanden haben. Weiteres Lockmittel sind die hohen Renditen auch aus den Zusatzgewinnen der bislang kostenlosen Emissionsrechte. Wenn die Betreiber trotz geplanter Änderungen der Rahmenbedingungen weiter in die Technik investieren, ist das eine Wette darauf, dass es der Kraftwerkslobby gelingt, die Versteigerung der Emissionsrechte ab 2013 und so den Klimaschutz zu blockieren. Da auch die Stadtwerke bei dieser Wette auf Kosten der Zukunft mitspielen wollen, ist nur zu hoffen, dass die Stadtrats-Kollegen im Aufsichtsrat mit Weitsicht verhindern, dass der scheidende Stadtwerke-Chef der Klimabündnis-Stadt Lindau zum Abschied mit einer riskanten Investition in ein Kohlekraftwerk und 30.000 t zusätzlichem CO₂/Jahr noch ein schwarzes Ei ins Nest legt und damit auch die Investitionen der Lindauer Bürger in regenerative Energien vernichtet. Diese Millionen sollte sein Nachfolger risikoärmer in die Effizienzsteigerung und lokale Stromproduktion investieren.

PETER TRILOFF

Politik ■ Ämterhäufung und die Folgen

Weniger ist mehr

Ort des Geschehens: Das Evangelische Heilig-Geist-Hospital auf der Insel. Obwohl die Stiftung rein rechtlich nichts mit der Stadt zu tun hat, sitzen seit Jahrzehnten die OberbürgermeisterInnen, Stadträte und -rätinnen als Stiftungsvorstände, -pfleger und -räte ehrenamtlich an mitentscheidender Stelle. Das macht generell unter PolitikerInnen zunehmend Schule. Gewählte Amts- und MandatsträgerInnen üben ihr Mandat aus – und sitzen u. a. in Aufsichtsorganen von Sparkassen, Banken, Stadt- und Klärwerken, Verbänden der Energie-, Wasser- oder Müllwirtschaft, karitativen und sozialen Einrichtungen und Stiftungen. Sie sitzen dort, oft ohne spezielle Ausbildungen und Kenntnisse, kraft Amtes, weil sie gebeten wurden oder weil es sie danach drängte. Die Einrichtungen versprechen sich durch diese „Vernetzung“ mehr Einfluss, Unterstützung und Absicherung. Den PolitikerInnen bringen diese „Ämter“ informelle Vorteile, öffentliche Anerkennung, Prestige und oftmals auch ein gern gesehenes Zubrot. Später, nach dem Ausscheiden aus der Politik, verdingen sich manche noch als hoch dotierte LobbyistInnen.

Probleme entstehen, wenn diese Personen die Geschäfte der Vorstände und Geschäftsführungen nicht verstehen und Entscheidungen nicht bewerten können; von ernsthafter Überwachung ganz zu schweigen. Wo diese Verquickungen hinführen können, zeigen die jüngsten Skandale bei Landesbanken, Bundesbahn usw.

Licht am Ende des Tunnels! Auch im Fall des Hospitals sind die Folgen solcher Ämtervermischung und Interessensüberschneidungen allzu deutlich: Die Finanzen des Hospitals entwickelten sich dramatisch zum Schlechteren. Und jahrelang setzten sich die OBs und StadträtInnen mit städtischen Garantien und Zuschüssen, aber ohne durchgreifende Sanierungsbemühungen für die Stiftung ein. Erst nach Recherchen und mehrjährigem Druck der Bunten Liste zogen Verwaltung und Stadtrat Ende 2009 endlich Konsequenzen. Für das Hospital wird Licht am Ende des Tunnels sichtbar.

Als Lehre aus der Misere fordert die Bunte Liste: BürgermeisterInnen und StadträtInnen 'raus aus derlei Nebentätigkeiten bzw. keine Nebenämter ohne Fachkenntnis und gründliche Schulung!

LOTHAR HÖFLER

Nachlese ■ Ein Gedächtnisprotokoll

Bürgerprotest gegen Nazis

Am 3.10.2009 fand in Friedrichshafen ein Aufmarsch von Neonazis statt, zu der die JN, die Jugendorganisation der NPD, aufrief. Dagegen haben verschiedene linke Bündnisse und Gruppen sowie diverse Parteien und Gewerkschaften zu einer Gegen-Demo aufgerufen, die auch genehmigt wurde.

Aus dem Protokoll eines Demonstrationsteilnehmers veröffentlichten wir Auszüge. Sie verdeutlichen, wie hier mit dem Demonstrationsrecht von Bürgern umgegangen wurde und in welcher unmäßiger und bewusster Weise Gewalt als Mittel der Exekutive eingesetzt wurde.

„Am 3.10.2009 um ca. 10.30 Uhr kamen wir am Fridolin-Endraß Platz an. Hier sammelten sich mit der Zeit schätzungsweise 100 bis 150 Teilnehmer. Um ca. 12.20 Uhr liefen wir mit den anderen Gegendemonstranten los Richtung Schwanthaler Straße.“

Erfahrungen im Kessel

„Einige Polizeibeamte rückten schnell mit zahlreichen Autos an. Die Polizeifahrzeuge versperrten schon frühzeitig die Straße hinter uns. Kurze Zeit später kamen einige Polizisten (zwischen 20 und 30) auf uns zu und prügeln mit Schlagstöcken auf die ersten Reihen des Demonstrationszuges ein. (...) Eine Person wurde von einem Polizisten zu Boden geworfen, indem dieser ihm mit ca. 5 Metern Anlauf in den Rücken sprang. (...) Kurz darauf wurde der gesamte Demonstrationszug von Polizisten eingekesselt. Wir konnten den Kessel nicht verlassen. In einer Seitenstraße stand ein Kamerawagen, (...) außerdem wurden wir von mindestens 10 Polizisten die ganze Zeit über gefilmt. Aus dem Kessel wurden immer wieder einzelne Personen herausgezogen und weggebracht. Eine Person, die auf die Toilette musste und nicht aus dem Kessel entlassen wurde, wurde von einem Polizisten gepackt, geschlagen und auf den Boden geworfen, wo sie mit dem Gesicht aufschlug. Er blutete aus Nase und Mund (...).“

Krankenhaus ■ Feuer unterm Dach

Asklepios zieht die Daumenschrauben an

Am 1. Oktober 2004 „verkaufte“ der damalige Kreistag das bis dahin kreiseigene Lindauer Krankenhaus an einen privaten Investor. Eine starke Bürgerinitiative (BI) unter Führung der Bunten Liste, stemmte sich mit allen Mitteln dagegen, vergeblich. Mit unfairen und undemokratischen Methoden, Drohungen und Lügen verunsicherten der damalige Landrat und ein Großteil der Kreis-Bürgermeister die Wähler und das Klinikpersonal. So scheiterte der Bürgerentscheid am Wählerquorum.

Ein Verkauf mit Folgen

Vier lange Jahre vegetierte das Krankenhaus unter der Führung des Investors „ProcuraMed“ und unter großen finanziellen Opfern der Belegschaft am Rande des Kollaps dahin. Folgerichtig wurde das Krankenhaus zum nächstmöglichen Zeitpunkt weiterverkauft. Der neue Eigentümer „Asklepios“ ist ein Profi. Das Firmenmotto lautet „Gemeinsam für Gesundheit“, die Strategie heißt „Wachstum“. Asklepios ist Marktführer mit 111 Kliniken (2009), 21.000 Betten, 36.000 Mitarbeitern und 2,3 Mrd. Euro Jahresumsatz. Die Bonität ist mit „BBB“ gut und die Rendite und Verzinsung des Eigenkapitals überdurchschnittlich. Man hat eine „ausgefälschte Privatisierungsstrategie“. Der Besitzer der Klinikette – und 28-reichster Deutscher –, Dr. jur. Bernhard Broermann, betreibt neben Asklepios noch eine Exklusiv-Hotelkette.

Privatisierung statt Fürsorge

Asklepios ist einer der Hauptprofiteure des politischen Paradigmenwechsels im Gesundheitswesen Ende der 90er-Jahre: Weg von der öffentlichen Daseinsfürsorge, hin zur Privatisierung. Schlechte Krankenhaus-Finanzierung und zunehmende Verschuldung „zwangen“ die öffentlichen Betreiber ihre Häuser um fast jeden Preis abzustoßen. Ideale Voraussetzungen für Investoren und „Schäppchenjäger“ auf dem „Gesundheitsmarkt“. Haben die ein Haus übernommen, gelten die neuen Marktregeln: Kosten reduzieren, Effizienz steigern, Gewinne maximieren. Die Personalkosten geraten zuerst ins Visier. Die Folgen: Löhne und Zulagen runter, Personalleistungen 'rauf, 'raus aus bestehenden Tarifverträgen, weg mit der Mitbestimmung, Auslagern in billigere Servicegesellschaften und Leiharbeit.

Auflösung der Versammlung

„Schließlich machte die Polizei eine Durchsage, dass die Versammlung aufgelöst wird und alle Demonstranten aus dem Kessel in Gewahrsam gebracht werde. Als ich abgeführt wurde, wurde ich am gesamten Körper (auch im Intimbereich) durchsucht. Mehrere Personen, die bei der systematischen Abführung der Demonstranten am Boden saßen, wurden brutal herausgezogen und mitgeschleppt. Als ich am Boden saß und warten musste, bis ein Bus kommt, wollte ich noch Fotos vom Kessel machen, woraufhin mir von einem Polizisten angedroht wurde, dass er mir die Kamera abnimmt, falls ich Fotos machen sollte, und drohte mir mit Gewalt. (...) Dann wurden wir zum Gefangenen-Sammellager beim Berufsschulzentrum am Stadtrand von Friedrichshafen gebracht. (...) Nachdem ich eine Stunde auf einem umzäunten Basketball-Feld verbracht hatte, wurde ich aufgerufen und es wurde eine erkennungsdienstliche Behandlung durchgeführt. Sie nahmen meine Personalien auf und machten ein Foto. Nachdem ich Angaben zur Person gemacht habe, verweigerte ich die Aussage und unterschrieb dies zur Bestätigung. (...) Um ca. 16.30 Uhr wurden wir aus dem Polizeigewahrsam entlassen und erhielten für den restlichen Tag einen Platzverweis für ganz Friedrichshafen bis Sigmaringen. Wir wurden ca. 1,5 bis 2 Stunden im Polizeikessel festgehalten und 2,5 bis 3 Stunden im Polizeigewahrsam. Andere Bekannte wurden bis 18 Uhr festgehalten. Nach 18 Uhr wurden alle aus dem Gewahrsam entlassen.“

Mein Fazit des Tages

„Aggressive, unverschämte Polizisten; extreme von der Exekutive ausgehende Repression; rigide Überwachung der Demo. Außerdem stundenlanges Festhalten im Kessel und im Gewahrsam – sowie wieder einmal die Bestätigung, dass das Versammlungsrecht zunehmend missachtet wird und es nötig ist, für dieses Recht zu kämpfen.“



Nicht nur auf der Uhr: Es ist kurz vor 12!

Renditesicherung auf Kosten der Mitarbeiter

So läuft es seit der Übernahme durch Asklepios auch in Lindau. Frühere Zusagen und Vorleistungen, sowie 2,7 Millionen Euro Lohnverzicht aus etwa 8.000 Überstunden und das Engagement des Personals in unterschiedlichen Arbeits- und Projektgruppen zählen nichts mehr. Werte wie Zufriedenheit, Betriebsklima, Identifikation, Fairness, Solidarität, angemessene Bezahlung – Fehlanzeige. Es gilt das „Shareholder Value“-Prinzip. Das hat die Belegschaft 2004 leider nicht bedacht, trotzdem hat sie unsere Solidarität und Unterstützung in ihrem Kampf um bessere Arbeitsverhältnisse und anständige Bezahlung zu unterstützen.

LOTHAR HÖFLER

Hinweis auf Beilage

Diesem Hoyboten liegt die Broschüre „Glaubst du das wirklich? – Neue Energie für Deutschland“ bei. Die „Vereinigung Internationaler Ärzte“ (IPPNW) u.a. informieren darin leicht verständlich über Konzepte zu erneuerbaren Energien, über „Bürgerkraftwerke“, den Ausstieg aus Uran-, Atom- und Kohlekraftwirtschaft und unsere Chance, „Rohstoffkriege“ zu verhindern.

Verkehr ■ „citta slow“?

„slow island“!



Verkehrszeichen 325: Hier gelten die Regeln für den „verkehrsberuhigten Bereich“

Wie wäre es, wenn ...

... sich bereits heute alle an die Regeln hielten? Die Regeln sind einfach: Alle Verkehrsteilnehmer (Autos, Radler, Kinderwagen, Fußgänger, Alte, Junge, Frauen, Männer, Gebrechliche, Gesunde usw.) sind gleichberechtigt! Kinder dürfen überall spielen. Die stärkeren Kraftfahrzeuge fahren achtsam Schrittgeschwindigkeit (max. 4-7 km/h), nehmen Rücksicht auf die Schwächeren und parken diszipliniert auf den markierten Plätzen! Entspannt gehen die Bewohner ihren Geschäften nach. Die Gäste flanieren über die Insel, schauen sich die Attraktionen an, sitzen schwatzend in den Straßencafés und genießen die Atmosphäre.

Dann wäre unsere verkehrsberuhigte Insel Lindau bereits eine „slow island“ – Ein tolles Alleinstellungsmerkmal!

Was hindert uns denn daran, dies schon morgen so auf unserer Insel zu leben?

LOTHAR HÖFLER

Impressum

Hoybote, März 2010

V.i.S.d.P.: KarlHeinz Brombeis, Hasenweidweg 31, 88131 Lindau (B)

Auflage: 12.000 Exemplare

Redaktion: KarlHeinz Brombeis, Uwe Peschka

Produktion: Druckwerk Süd, Wangen

www.bunteliste.de

KIAI